



Sehr geehrte Damen und Herren,

in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, als die politische Bildung in Deutschland gegründet wurde, hatten amerikanische Wissenschaftler in der Tradition der Chicagoer School international angelegte Forschungsprogramme aufgestellt um u.a. herauszufinden, was Menschen über ihre jeweiligen politischen Systeme wissen, wie sie sich in den Systemen fühlen und wie sie diese bewerten. Die Summe dieser auf das politische System bezogenen Orientierungen nannten sie die „politische Kultur“ einer Gesellschaft, die sie mit den Strukturen des jeweiligen politischen Systems verglichen. Ihre These war, dass eine Demokratie nicht nur demokratische Institutionen und Strukturen braucht, sondern auch demokratisch orientierte Bürger/innen, um auf Dauer stabil zu sein. Ich muss Ihnen nicht berichten, dass es damit damals nach den Jahren der Untertanenerziehung im Deutschen Kaiserreich und im NS-Staat nicht zum Besten stand. Die Deutschen wussten zwar vergleichsweise viel über ihr politisches System, waren ihm aber emotional nicht sonderlich zugeneigt. Pluspunkte machte die junge Bundesrepublik vor allem durch ihren wirtschaftlichen Erfolg, was bis heute so geblieben ist. Auch Fußballerfolge brachten einiges an positiver Stimmung.

Die frühe politische Bildung in Deutschland hat an diesem Punkt wenig bewegt. Wie auch die autoritären Vorgängerregime glaubte man zwar in beiden deutschen Teilstaaten an die Macht der Erziehung; in der Bundesrepublik verzichtete man aber auf die emotionalen Aspekte von Bildung, weil diese vom der NS-Staat und auch von der DDR-Führung im Übermaß zum Einsatz gebracht wurden. Politische Bildung als Demokratiebildung sollte über das aufklärende Verstehen funktionieren, d.h. es wird erklärt, argumentiert, diskutiert. Emotionale Stimulation und Indoktrinierung blieben den politischen Bildner/innen verboten. Die Auffassung, dass Modernisierung, technologischer sowie wissenschaftlicher Fortschritt mit einer zunehmenden Rationalisierung aller Lebensbereiche einhergeht, beförderte dieses Denken. Die Welt wurde, wie dies der deutsche Soziologe Max Weber schon 1917 festgestellt hatte, entzaubert und die politische Bildung sah ihre Aufgabe darin, den Entzauberungsprozess zu unterstützen.

Und obwohl die politische Bildung in Deutschland auch durchaus erfolgreich war, hatte sie mehrere

Pressekontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung
Daniel Kraft
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Tel +49 (0)228 99515-200

Fax +49 (0)228 99515-293

presse@bpb.de

www.bpb.de/presse

Pressemitteilungen der bpb abonnieren/abbestellen:

www.bpb.de/presse/IDTORL



Defizite. Zum einen waren ihre Inhalte, Ansätze und Methoden sehr stark auf Vermittlung von Wissen über die Funktionsweisen der Institutionen des politischen Systems fokussiert und vernachlässigten die zivilgesellschaftliche Seite von Politik. Je mehr aber Politik nicht mehr als etwas von oben auf die Bürger/innen niedergehendes begriffen wurde, umso stärker machte sich das Defizit bemerkbar, dass sich die politischen Subjekte nicht in den Bildungskonzepten als Volkssouveräne wiederfanden. Ein zweites Defizit ergab sich daraus, dass sich politische Bildung in ihrer außerschulischen Variante nur an diejenigen richtete, die sich für klassische Politikvermittlung interessierten. Und dies waren in der Hauptsache männliche Akademiker oder politisch Aktive und davon auch nur Teilgruppen. Selbst die Angehörigen des Bildungsbürgertums schicken ihre Kinder auch heute noch eher zum Geigenunterricht als ins politische Seminar. Zwar gab es in der „alten“ Bundesrepublik vor 1989 auch Krisen, gesellschaftliche Konflikte und Auseinandersetzungen, was man an den Beispielen der Studierendenbewegung, der Frauenbewegung, der Gründung der Partei der GRÜNEN etc. nachverfolgen kann. Politischer Extremismus blieb überschaubar und die sinkende Wahlbeteiligung unterschritt noch nicht bedenkliche Grenzen. Bis in die 1990er Jahre war man aber in der Bundesrepublik weitgehend „unter sich“ und konnte die Spielregeln bestimmen. So war die politische Bildung kaum zu erheblichen Kurskorrekturen gezwungen.

Seit der letzten Dekade des vorangegangenen Jahrhunderts hat sich die Welt – nicht nur Deutschland - aber in zunehmenden Maße rasant verändert, worauf auch die politische Bildung reagieren musste: Globalisierung verbunden mit globalen Krisen, Neoliberalismus mit all seinen negativen Konsequenzen, Beschleunigung, Migration und Kriege mit weltweiten Wanderungsbewegungen, sukzessiver Verlust der bis 1989 weitgehenden Weltordnungssysteme. Daneben eine wachsende gesellschaftliche Diversität, Heterogenität und ungewisse soziale Identität. Vor diesem Hintergrund das politische Subjekt, das seinen zerfledderten, vielleicht wertlosen Gesellschaftsvertrag in Händen hält, auf der Suche nach Orientierung, neuer Identität und Antworten auf die zentralen Zukunftsfragen. Antworten, wie sie bislang vor allem von einigen Religionen angeboten werden. In der Sphäre der Politik sind es vor allem Populisten auf Retro-Kurs, die Angstbewältigung anbieten.

Politische Bildung setzt in dieser Zeit u.a. auf die Stärkung der Subjekte als politischer Persönlichkeiten und deren spezifisches Potential, das die deutsche Philosophin Hannah Arendt in der Mitte des letzten

Pressekontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung
Daniel Kraft
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Tel +49 (0)228 99515-200

Fax +49 (0)228 99515-293

presse@bpb.de

www.bpb.de/presse

Pressemitteilungen der bpb abonnieren/abbestellen:

www.bpb.de/presse/IDTORL



Jahrhunderts als das „neu Anfangen können“ herausgearbeitet hatte. Im Kreativ-Sein erkannte sie eine Bedingung der *Conditio humana*. Dies ist einer der Gründe, warum sich politische Bildung in den letzten fünfzehn Jahren verstärkt mit dem Feld der kulturellen Bildung und dem Phänomen der Kunst beschäftigt hat. Einen anderen Grund habe ich bereits angedeutet: Politische Bildung in Deutschland hat damit aufgehört, lediglich Bildungsangeboten für die Angehörigen des Bildungsbürgertums zu machen. Somit wurde es auch nötig, die orthodoxen Pfade der Politikvermittlung zu ergänzen. Dass die von anderen Bildungsanbietern identifizierten „Bildungsfernen“ zwar Schnittmengen haben, nicht aber identisch sind mit den Zielgruppen der „Politikfernen“, kann jede/r aus dem eigenen Erfahrungsbereich nachvollziehen: Politisches Desinteresse zeigen auch Vertreter/innen bürgerlicher Milieus und mit dem Engagement für sozialen Zusammenhalt steht es bei Teilen der Eliten nicht zum Besten. Die Stimmen jedenfalls sind in der letzten Zeit leiser geworden, die die Auffassung vertreten, es gehe uns nichts an, wenn das Interesse an Politik oder die Nachfrage nach Bildungsangeboten zurückgehen, die sich mit den öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen.

Die Hinwendung zu Kunst und kultureller Bildung ist allerdings – wie sich aus meinen einleitenden Ausführungen zur Geschichte der politischen Bildung ergibt - keinesfalls selbstverständlich. Zudem haben die meisten von uns keine hinreichenden Fachkompetenzen in den Bereichen der Kunst und ihrer Vermittlung. Was also versprechen sich die politischen Bildner von der Auseinandersetzung mit diesem Feld? **Und:** Weshalb haben Kunst, Kultur und kulturelle Bildung in der letzten Zeit so große Aufmerksamkeit seitens der anderen Akteure erlangt, die sich mit Bildung oder mit Bildungspolitik beschäftigen? Und wovon sprach Außenminister Frank-Walter Steinmeier genau, als er 2015 dafür plädierte, „eine Kulturpolitik (zu) gestalten, die über die Repräsentation, die Darstellung unseren Landes hinausgeht, die Kooperation ermöglicht und die die gemeinsame Arbeit an der Weltvernunft ... zu ihrem Schwerpunkt macht und dadurch aus die Trennung von Innen und Außen zu überwinden hilft“¹ ?

Die Antworten auf diese Fragen sind nicht einfach, da es bisher keine hinreichende theoretische Auseinandersetzung diesbezüglich gibt, sondern vielmehr Bündel von Vermutungen, pädagogischen Erfahrungen und „Bauchgefühlen“. Ich versuche im Folgenden diejenigen Felder und Phänomene zu

¹ Rede bei der Konferenz des Goethe-Instituts "Dialog und die Erfahrung des Anderen" vom 23.02.2015, in: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2015/150223-BM_Konf_GI.html

Pressekontakt:
Bundeszentrale für politische Bildung
Daniel Kraft
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Tel +49 (0)228 99515-200
Fax +49 (0)228 99515-293
presse@bpb.de
www.bpb.de/presse

Pressemitteilungen der bpb abonnieren/abbestellen:
www.bpb.de/presse/IDTORL



beleuchten, über die man relevante Aussagen aus der Sicht der politischen Bildung treffen kann: Dazu gehört die Verfasstheit der Gesellschaft und deren Analyse durch Wissenschaft, die Annäherung an unterschiedliche Zielgruppen und die spezifischen Kriterien der Demokratie.

Lassen sie mich mit letzteren anfangen: Zum einen bildet die Demokratie zur Zeit den einzigen politischen Rahmen, um mit den eingangs aufgezählten Krisenphänomenen angemessen umzugehen, denn sie ist auf Selbstveränderung, Wandel und Anpassung angelegt. Politik reagiert auf gesellschaftliche Prozesse und ist ein Problemlösungsinstrument der Gesellschaft, auch wenn sich politische Entscheidungen unter den Bedingungen der Globalisierung zum Teil schwerer gestalten als vorher. Politische Entscheidungen sind das Ergebnis von Aushandlungen und eine zunehmend diverse Gesellschaft hat ihre Lebensbedingungen sukzessive neu auszuhandeln, was scheinbare Gewissheiten immer neu infrage stellt. Politische Bildung findet dort ihren Ansatz, wo es um die Kompetenzen der politischen Subjekte geht, diesen Aushandlungsprozess auf demokratischen Wegen zu führen: Demokratische Persönlichkeiten kennen nicht nur die Bedingungen und Spielregeln, sie sind konfliktfähig und kooperativ auch dort, wo es kulturelle „Übersetzungsschwierigkeiten“ oder Unvereinbarkeiten gibt. Die These von Außenminister Steinmeier lässt sich ohne weiteres auf das Innere von demokratischen politischen Systemen übertragen: Um in der heutigen Gesellschaft miteinander klarzukommen brauchen wir gesellschaftliche „Vernunft“ genauso, wie „kulturelle Intelligenz“, was im Klartext bedeutet, dass wir bereit sind, von anderen zu lernen, dass wir versuchen andere zu verstehen und dass wir Formen der Auseinandersetzung institutionalisieren, die uns Fairness, Anerkennung und ein gemeinsames gutes Leben ermöglichen – auch, wenn wir nicht einer Meinung sind, was die kulturellen Rahmenbedingungen unseres Daseins angeht. Die Äußerung des Außenministers impliziert auch, dass wir in der politischen Bildung interdisziplinärer vorgehen müssen. Der Weg über die kulturelle Bildung und die Kunst stellt dabei einen Ansatz dar, der die Kreativität und das Anfangenkönnen in den Mittelpunkt stellt. Darüber hinaus ermöglicht kulturelle Bildung, die den ganzen Menschen in den Blick nimmt, ein tieferes Verstehen als die politische Bildung mit ihren kognitiven Methoden.

Ich gebe Ihnen hier ein Beispiel:

Wenn Sie Kinder und Jugendliche über Kinderrechte aufklären und sie die Rechte lernen lassen und

Pressekontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung
Daniel Kraft
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Tel +49 (0)228 99515-200

Fax +49 (0)228 99515-293

presse@bpb.de

www.bpb.de/presse

Pressemitteilungen der bpb abonnieren/abbestellen:

www.bpb.de/presse/IDTORL



anschließend in einem Test abfragen, haben viele davon die Kinderrechte kennengelernt. Wenn sie Ihnen einen Film darüber zeigen, wird die Vorstellung etwas plastischer. Wenn sie die Kinder aber zwei Wochen mit Unterstützung von professionellen Filmemachern befähigen, selbst einen Film über Kinderrechte herzustellen, bei dem sie die Stories selbst schreiben, in filmisch wahrnehmbare Bilder übersetzen, die Rollen von Schauspielenden übernehmen und die Kamera führen, dabei noch einiges über Filmsprache und künstlerische Mittel des Films lernen, dann werden die Kinderrechte erfahrbar und tiefer verstanden. Darüber hinaus werden eigene Sichtweisen auf die Rechte und neue Deutungen erkennbar. Die Lebenserfahrung der Kinder schlägt sich genauso nieder, wie ihre Zukunftserwartungen, Hoffnungen, Stimmungen und Befürchtungen. Politische Bildner sind zwar in der Regel keine Kulturvermittler. Sie können keine Filme machen oder Modekollektionen entwerfen. Es hat sich aber über die Jahre gezeigt, dass ein Zusammengehen von politischen und kulturellen Bildnern sehr gute Ergebnisse zeigt.

Mit der Kunst ist es etwas schwieriger. Politische Bildung, die kontroverse Positionen in Wissenschaft und Gesellschaft im Bildungsprozess vermittelt, kann auch kontroverse Positionen in der Kunst vermitteln, wenn wir es mit Kunst zu tun haben, die gesellschaftspolitisch wirken will. Kunst lädt auch zu kulturellen Bildungsprozessen und kreativer Auseinandersetzung ein. Als methodisches Medium in der politischen Bildung eignet sie sich jedoch nur sehr bedingt, da sie andere Aufgaben hat: Zum einen bezieht sie ihre Kraft aus ihrer autonomen Position, aus der heraus sie in die Gesellschaft wirkt. Zum anderen will sie provozieren, überwältigen und auch polarisieren. Sie kann neue Gedanken hervorbringen und einen neuen Anfang setzen, aber sie kann sich meist nicht selbst genau definieren, was der politischen Bildung den Zugang erschwert. Ist alles Kunst, was in künstlerischer Absicht geschaffen wurde? Ist alles Kunst, was ein Künstler hervorbringt? Wir sind hier von Intuition abhängig und müssen politische Bildung neu fokussieren. Aus dem Feld der Kunst heraus sind zumindest in letzter Zeit Bemühungen spürbar, sich an den Diskursen des Gesellschaftswandels mit stärkerer Verantwortung zu beteiligen: Der deutsche Bildungsforscher Heinz Bude referiert in seiner neuen Studie „Das Gefühl der Welt. Über die Macht von Stimmungen“ eine aktuelle Debatte in der Bildenden Kunst, die als Reaktion auf die durch Nihilismus, Sarkasmus und Skeptizismus geprägten postmodernen Diskurse zu verstehen ist. Man will im Gegenzug dazu einen neuen Anfang setzen, „etwas versuchen, etwas zusammenbringen“. „Es ist von einer Kunst der Bezogenheit, einer Kunst des Versammelns und

Pressekontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung
Daniel Kraft
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Tel +49 (0)228 99515-200

Fax +49 (0)228 99515-293

presse@bpb.de

www.bpb.de/presse

Pressemitteilungen der bpb abonnieren/abbestellen:

www.bpb.de/presse/IDTORL



einer Kunst der Lebendigkeit die Rede.“² Im Kern geht es bei der Debatte um das Wiederfinden einer Haltung des Engagements für eine bessere Zukunft – eine Haltung, die Bude als pragmatischer Idealismus etikettiert. Der hier genannte Begriff der Bezogenheit verdeutlicht auch, worum es in Zukunft stärker geht: Das, was Menschen in einer Demokratie wie der deutschen vermissen, sind nicht soziale Leistungen oder gerechte Verfahren. Sie vermissen das, was schon die Kommunitaristen in den 1990er Jahren gefordert hatten: Bezogenheit, Anerkennung, Resonanz. Die Sozialwissenschaften beginnen dies zu „verstehen“ und die politische Bildung sollte sich daran orientieren.

Trotzdem ist das Phänomen der Kreativität, wie wir es in der Demokratie brauchen, nicht ohne Vorsicht zu genießen: Der Systemtheoretiker Andreas Reckwitz stellt im Rahmen mehrerer Studien fest, dass in den Industriestaaten der Welt seit etwa dreißig Jahren fast sämtliche Lebensbereiche (Arbeitswelt, Erziehung, Sport, Liebe, Wirtschaft etc.) zunehmend nach Kriterien und Imperativen der Kreativität umgeformt werden. Man möchte kreativ sein und man muss kreativ sein. Der Bedeutungszuwachs der Kreativität korrespondiert mit dem Wunsch, der Gier nach ständig Neuem – neuen Kleidern, neuen Waren, neuen Medien, neuen Räumen, die geeignet sind, für kurze Zeit sinnliche und affektive Erregung hervorzurufen. Übertragen wird dieses Prinzip aber auch auf die Individuen, die als schöpferische Subjekte modelliert werden und Merkmale derjenigen tragen sollen, die in früheren Jahrhunderten idealtypische Künstler verkörperten. Der vormalige Nonkonformist und Außenseiter ist heute zum Modell des Jedermann geworden. Reckwitz sieht damit die Züge eines mächtigen Kreativitätsdispositivs beschrieben, das gesellschaftliche Sektoren und deren Praktiken von der Erziehung bis zum Konsum, vom Sport bis zur Sexualität, kennzeichnet. Auch die Institutionen und Strukturen der modernen Gesellschaft sind auf permanente Selbstveränderung programmiert. Sowohl künstlerisch, als auch politisch, technisch, wissenschaftlich und ökonomisch verlangte die Moderne nach ständiger Innovation. Das Neue, wie es für das Kreativitätsdispositiv kennzeichnend ist, sucht aber nicht den Fortschritt, sondern die **Bewegung** selbst, die wiederum auf die Kreation von Objekten und Atmosphären zielt. Das Kreativitätsdispositiv betreibt eine radikale Ästhetisierung des Sozialen, was von anderen Autoren wie dem Österreicher Robert Misik unter dem Begriff der „Kulturalisierung“ beschrieben wird: Jedes Objekt, jedes Kleidungsstück, jeder Raum wird mit Bedeutung aufgeladen. Der

² Nicolas Bourriaud, Relational Aesthetics, Bruno Latour: Das Parlament der Dinge, Brian Massumi: Ontomacht. Kunst, Affekt und das Ereignis des Politischen

Pressekontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung
Daniel Kraft
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Tel +49 (0)228 99515-200

Fax +49 (0)228 99515-293

presse@bpb.de

www.bpb.de/presse

Pressemitteilungen der bpb abonnieren/abbestellen:

www.bpb.de/presse/IDTORL



Lifestyle-Kapitalismus verkauft nicht Waren, sondern bringt Identitäten und Lebensstile hervor. Es geht um ästhetische Objekte, die mit ästhetischer Absicht hergestellt und in ästhetischer Absicht genutzt werden: Kunstwerke, Medienprodukte Shopping Malls, Stadtteile und auch Menschen.

Betrachtet man die Funktionsbedingungen dieses ästhetischen Kapitalismus, der durch die

Digitalisierung, die Entwicklung der sozialen Medien und den ‚iconic turn‘ – Den Wandel von Wort- zu Bildlogiken – gestützt wird, wird deutlich, warum sich die Wahrnehmung (aisthesis) von Bildungsangeboten grundlegend gewandelt hat: Diese Funktionsbedingungen wirken formierend auf die Lebensweisen und Kulturen der Gesellschaften und die Wirklichkeitswahrnehmung der Individuen ein. Dadurch wird auch verstehbar, warum sich die Bildungsangebote selbst – zumindest vordergründig - an diesen veränderten Wahrnehmungsschemata ausrichten sollten, um angenommen zu werden. Dass sie dabei über die beschriebenen Funktionsprinzipien aufklären und auf kritische Distanzierung hinwirken sollten, versteht sich zumindest für die politische Bildung von selbst.

Die Aufgabe der politischen Bildung besteht in der Hauptsache darin, um ihrer selbst willen Ursachenanalyse zu betreiben und Urteilsfähigkeit auf der Basis dieser Erkenntnisse zu ermöglichen. Als eine der Ursachen für den Bedeutungszuwachs des Subjektiven in den Wohlfahrtsstaaten analysiert Reckwitz den **Affektmangel** der bürgerlichen und nachbürgerlichen Moderne, der sich in der Hauptsache als **Motivationsmangel** äußert. Demgegenüber produziert das Kreativitätsdispositiv zunächst positive Affekte und mobilisiert Antriebskräfte: Kreativität in Beruf, Freizeit und Lebensstil verspricht individuelle Emanzipation. Ästhetisches Erleben befreit scheinbar von einengender Orientierung am Zweckmäßigen. Kreative Subjekte finden soziale Anerkennung; kreative Räume wie z.B. die kulturalisierte Stadt oder durchgestylte Arbeitsplätze werden positiv erlebt. Die Thematisierung der Nachtseiten des Kreativitätsdispositivs gehört zu den undankbaren Aufgaben der politischen und auch der kulturellen Bildung, denn die Probleme für die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt sind unübersehbar. Beispielsweise verschleiert die in Deutschland seit einigen Jahren gängige Formel von der Kultur als Standortfaktor, dass der kulturalisierte öffentliche Raum der Städte heute ein Raum für das zahlungskräftige Publikum der creative class ist, die sich Luxuskonsum, gehobene Gastronomie und Wellnessangebote leisten kann. Auch das sukzessive Verschwinden des öffentlichen Raumes ist eine Folge der Totalökonomisierung. Das Kreativitätsdispositiv produziert zudem

Pressekontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung
Daniel Kraft
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Tel +49 (0)228 99515-200

Fax +49 (0)228 99515-293

presse@bpb.de

www.bpb.de/presse

Pressemitteilungen der bpb abonnieren/abbestellen:

www.bpb.de/presse/IDTORL



Dissonanzerfahrungen: Der Imperativ „Sei kreativ!“ impliziert Leistungszwang und wer diese Leistung nicht bringen kann, dem drohen soziale Ausgrenzung und vielleicht sogar „Unzulänglichkeitserkrankungen“ wie das Burn-out-Syndrom. Auch kommt es regelhaft zu Diskrepanzen zwischen kreativer Leistung und tatsächlichem kreativem Erfolg, schließlich auch zu uneingelösten Versprechungen: Die Realität der Arbeitsmärkte zeigt beispielsweise, dass es den Arbeitgebern eher um Kreativität im Sinne von Problemlösungskompetenzen geht, als darum, dass man die Welt voranbringt. Auch hat sich das Kreativitätsdispositiv in Bereiche ausgedehnt, in denen die Ästhetisierung neben positiven auch negative Effekte zeigt, wie z.B. private Beziehungen, Politik und Bildung.

An diesen Ausführungen wurde hoffentlich deutlich, dass eine Hinwendung der politischen zur kulturellen Bildung und zur Kunst mehr impliziert, als der Versuch einer Illustration und Eventisierung von Bildungsangeboten für politikferne Zielgruppen. Oder gar um sprachlich reduzierte Bildungsvermittlung für Geflüchtete. Es geht also gerade nicht darum, politische Bildung einfacher, lustiger, unterhaltsamer und bunter zu machen, sondern darum, durch Verbindung von politischer Bildung, Kunst und kultureller Bildung ein vertieftes Verstehen derjenigen Faktoren zu ermöglichen, die Denken, Fühlen und Bewerten geprägt haben.

Für die Demokratie war die lange Einwirkungsphase neoliberaler Gedanken auf die Gesellschaften mehr als schädlich. Möchte man heute – nach dem Ende der großen Erzählungen – Demokratie mit neuen, zukunftsgerichteten Ideen Substanz verleihen, ist eine andere Form von Kreativität von Nöten, als die des Kreativitätsdispositivs, denn die Demokratie braucht Bürger im Sinne von Citoyen und nicht Kunden oder Konsumenten. Und diese Bürger sollten angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Transformation durch die Einwanderung über die Potentiale von „kultureller Intelligenz“ nachdenken, wie sie vom deutschen Außenminister gefordert wird. Kulturelle Intelligenz umfasst dabei mehr als das, was bisher unter dem Label „interkulturelle Kompetenz“ gefasst wurde, denn ihre Konzept beschreibt und integriert das Bewusstsein, dass wir in vieler Hinsicht in diesem Bereich noch am Anfang stehen. Das gilt für die Bildung genauso wie für die Kulturpolitik im Inneren und Äußeren, die nicht mehr nur Förder- und Ordnungspolitik sein will, sondern sich den Lebensweisen der Menschen zuwendet. Wir brauchen eine Phase der Orientierung, in der wir Konzeptionen der transkulturellen Bildung

Pressekontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung
Daniel Kraft
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Tel +49 (0)228 99515-200

Fax +49 (0)228 99515-293

presse@bpb.de

www.bpb.de/presse

Pressemitteilungen der bpb abonnieren/abbestellen:

www.bpb.de/presse/IDTORL



weiterentwickeln und Diskurse führen, auch kulturelle Konflikte austragen und vieles neu verhandeln, was uns schon selbstverständlich schien. Dabei gilt es zu akzeptieren, dass es Unvereinbarkeiten und Sphären des Unübersetzbaren gibt, die wir zu integrieren haben. Nach wie vor brauchen wir Politik, die unaufgeregt ist, Menschen, die Utopien entwickeln und Kunst, die diese Utopien inspiriert.

- Es gilt das gesprochene Wort-

Pressekontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung
Daniel Kraft
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Tel +49 (0)228 99515-200

Fax +49 (0)228 99515-293

presse@bpb.de

www.bpb.de/presse

Pressemitteilungen der bpb abonnieren/abbestellen:

www.bpb.de/presse/IDTORL